

Die Wirklichkeit ist anders

Zur Diskussion um das Agartz-Referat

Das Grundsatzreferat von *Dr. Viktor Agartz* war als Höhepunkt des Frankfurter Bundeskongresses gedacht. Es wurde, wie der stürmische Beifall der Delegierten und die Dankesworte von *Matthias Fächer* bewiesen, von der Versammlung auch als solcher empfunden. Bereits in dem Bericht über den Kongreß in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ (November 1954) wurde darauf hingewiesen, daß das Referat während des Kongresses praktisch nicht diskutiert wurde und auch nicht diskutiert werden konnte. Niemand ist in der Lage, zu einem dreieinhalbstündigen wissenschaftlichen Vortrag aus dem Stegreif fundiert und nutzbringend Stellung zu nehmen. Das Referat konnte daher nur als Einleitung einer Grundsatzdebatte aufgefaßt werden.

Seitdem ist eine solche Debatte auch in Gang gekommen, zunächst zögernd, dann plötzlich sich zuspitzend und verschärfend. Leider, so muß man feststellen, nicht in dem eigentlich für eine derartige Diskussion vorgesehenen Organ des DGB, sondern mehr außerhalb und am Rande der Gewerkschaften. Sie ist auch — zum Teil gerade dadurch — in Bahnen geraten und hat Formen angenommen, die der eigentlichen Sache, um die es sich handelt, nämlich der inneren Klärung der Gewerkschaften, nicht dienlich sind, beinahe möchte man behaupten, überhaupt keiner Sache dienen. Es ist eine Frontstellung entstanden: *von Nell-Breuning* kontra *Agartz*, weil von *Nell-Breuning* als erster eine eingehende, den gesamten Gedankengang angreifende Antwort auf das Referat von *Agartz* gegeben hat. Für den Gang der Diskussion, die notwendig ist, wäre es wahrscheinlich besser gewesen, wenn die erste umfassende Stellungnahme nicht von so prononciert weltanschaulicher Seite erfolgt wäre, auch wenn diese Seite ein so bewährter und warmer Befürworter der Einheitsgewerkschaften ist wie *Nell-Breuning*, sondern von Gewerkschaftern aus rein gewerkschaftlichen Gedankengängen heraus. Daraus kann man allerdings von *Nell-Breuning* keinen Vorwurf machen. Es ist nicht seine Schuld, daß er der erste Diskussionsredner war, da andere sich offensichtlich bis dahin nicht gemeldet hatten. Im „Sozialen Fortschritt“ hat allerdings *Albert Müller* bereits in seinem Bericht über den Frankfurter Kongreß Kritik an *Agartz'* Referat geübt, die jedoch ohne Echo blieb. Durch die Antwort *Walter Horns* in dem Beiheft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“: „Oswald von *Nell-Breuning* S. J. kontra *Oswald von Nell-Breuning* S. J.“ ist die weltanschauliche Note der Auseinandersetzung in einer Weise verschärft worden, die eine Versachlichung der weiteren Diskussion außerordentlich erschwert. Das wirkliche Thema geriet völlig in den Hintergrund. An seine Stelle tritt eine Polemik in Formen, die alles andere als erfreulich sind und dem Ansehen der Gewerkschaften nur Schaden zufügen können.

Es muß möglich sein, in den Gewerkschaften ein Grundsatzreferat, das der Öffentlichkeit vorgelegt ist, in aller sachlichen Schärfe, jedoch ohne persönliche Verunglimpfungen zu diskutieren. Durch die Antwort *Horns* auf *Nell-Breuning* wird in der Diskussion über *Agartz'* Ausführungen eine völlig falsche Frontstellung aufgerichtet: sozialistische gegen christliche Gewerkschaftsauffassung. Eine weltanschauliche Spaltung wird also wieder aufgerissen, die ja gerade durch die Grundsatz- und Programmdiskussion, als abseits der gewerkschaftlichen Fragestellung stehend, geistig überwunden werden sollte, nachdem sie durch Bildung der Einheitsgewerkschaft bereits organisatorisch aufgehoben wurde.

Müller schrieb im „Sozialen Fortschritt“ (Heft 11/1954): „Man braucht (für eine Einheitsgewerkschaft) eine Gewerkschaftstheorie als verbindendes Element der vielfältig ausgefächerten Tätigkeit. Sie kann aus dem bereits Geschaffenen und Erreichten entwickelt oder diesem, von einer ideologischen Position her, übergestülpt werden, so daß sich neue Maßstäbe dafür ergeben. Der zweite Weg ist für die Einheitsgewerkschaft nicht ohne Gefahren, weil sie keine ideologische Homogenität aufweist. *Agartz* ging diesen zweiten Weg.“

Im weiteren weist Müller auf den logischen Bruch in Agartz' Stellungnahme zum Mitbestimmungsrecht und zu den Betriebsräten hin. Den gleichen Gedanken spricht *Fritz Fricke* aus („Sozialer Fortschritt“, Heft 2/1955):

„Je mehr sich ein Gewerkschaftsprogramm freihält von der Überlagerung durch abstrakt-theoretische, weltanschaulich oder religiös gebundene Ideologien, um so mehr Aussicht hat es, einer in ihren spezifisch gewerkschaftlichen Bestrebungen einheitlich operierenden Arbeitnehmerschaft das soziale Gewicht, die politische Achtung und die Anerkennung ihrer Forderungen an die Gesellschaft zu erkämpfen, die zu stellen sie berechtigt ist.“ („Gewerkschaftstheorie und Aktionsprogramm.“)

Nur von einer solchen Ausgangsposition her kann das Agartz-Referat in einer für die Gewerkschaftsarbeit fruchtbaren Weise diskutiert werden. So geschlossen das Referat mit seinen zahlreichen, rhetorisch wirkungsvollen Zuspitzungen und Überspitzungen auf die Kongreßdelegierten wirkte, so sehr verflüchtigt sich dieser Eindruck der Geschlossenheit, wenn man es gedruckt vor sich sieht und kritisch Absatz für Absatz durchliest. Es kommt nun allerdings nicht darauf an, diese oder jene vielleicht nur rednerische Entgleisung zu kritisieren. Das Referat bietet in dieser Hinsicht viele Angriffspunkte. Es wäre aber zu billig, sie zum Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung zu machen. Wichtig ist, die Kernpunkte herauszuarbeiten und mit den tatsächlichen Verhältnissen und den gewerkschaftlichen Aufgaben zu konfrontieren. Wenn man von der Auffassung ausgeht, die ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, daß Einheitsgewerkschaften sich unmöglich an einem ideologischen gewerkschaftsfremden Leitbild orientieren können, so muß die wesentliche Frage lauten, ob Agartz' Darlegungen und Schlußfolgerungen diesem Erfordernis entsprechen. Müller beantwortet diese Frage verneinend.

Was ist die von Dr. Agartz entwickelte Position? Leider ist das nicht eindeutig zu erkennen. Sobald man nämlich versucht, den für die Gewerkschaftsarbeit und für die grundsätzliche Haltung der Gewerkschaften in den entscheidenden Wirtschafts- und Steuerfragen (das Referat war ja betitelt: „Die Wirtschafts- und Steuerpolitik, Grundsatz und Programm des DGB“) aus dem Referat herauszuschälen, stößt man zwar auf eine Reihe von Programmpunkten, über die es kaum Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der Gewerkschaften geben dürfte, daneben aber auf eine Fülle von sozial-philosophischen, wirtschaftstheoretischen und politisch-ideologischen Ausführungen, die die positiven Anregungen und Vorschläge zu entwerten scheinen. Die rhetorische Wirkung des Referates beruhte allerdings gerade auf dieser eigenartigen Mischung, die aber durchaus auf Kosten der Klarheit der Konzeption ging.

Zunächst erinnert Agartz an die Grundsatzforderungen des Münchener Kongresses und betont, daß sie zeigen, „daß es den Gewerkschaften ernst war und ist, die Demokratie als Grundlage von Wirtschaft und öffentlichem Leben anzuerkennen und durchzusetzen, ferner, daß diese Demokratie nur dann Bestand hat, wenn ihr die soziale Sicherung als Fundament dient“. Einem solchen Leitbild entspricht die soziale und politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik zweifellos nicht. Wahrscheinlich kommen ihm in Europa mir Länder wie Schweden, Norwegen und England einigermaßen nahe. Agartz führt jedoch diese Länder nicht als Beispiele an. Das einzige europäische Land, auf das er in seiner Rede einmal Bezug nimmt — im Zusammenhang mit der Frage der freien Konkurrenz —, ist ausgerechnet Jugoslawien. Agartz sagt jedoch nicht nur, daß die politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik dem gewerkschaftlichen Leitbild nicht entspricht, sondern daß sie überhaupt nur sehr wenige demokratische Züge trägt. Nun ist Demokratie ein vieldeutiger und schillernder Begriff und es kommt alles darauf an, in welchen konkreten politischen Formen man Demokratie überhaupt für realisierbar hält. Nach Agartz reicht eine formale parlamentarische Ordnung nicht aus, ein Staatsgebilde demokratisch zu verankern. In den eben angeführten Ländern, ebenso wie in einer Reihe anderer, nicht ganz kleiner Staaten, wie z.B. den USA, Kanada, Australien, hat sie bisher ausgereicht. Angesichts der mangelnden

demokratischen Tradition im deutschen Volke konnte man allerdings nach 1945 mit Recht befürchten, daß eine solche Ordnung für uns nicht genügt. Eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung schien schon deswegen unvermeidlich.

Eine solche Neuordnung ist nicht erfolgt, und die gewerkschaftlichen Forderungen sind ebenso wie das Ahlener Programm der CDU noch immer Programm, keine Wirklichkeit. Folgt daraus, daß die politischen Institutionen der Bundesrepublik nur wenig demokratisch sind? Sie sind es doch wohl nicht weniger als die Institutionen der anderen westlichen Demokratien. Das hat noch nichts mit der Frage zu tun, ob uns der soziale Inhalt dieser Demokratie genügt. Der Kampf um Verbesserung der sozialen Wirklichkeit ist ja gerade die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften, ist ihr Daseinszweck. Die Frage ist, in welchem politischen Rahmen sie diesen Kampf führen wollen und müssen. Doch wohl im Rahmen der parlamentarischen Demokratie! Die Anerkennung, nicht nur die formale, sondern die tatsächliche innere Anerkennung dieses Rahmens ist die Basis der Einheitsgewerkschaft. Der DGB hat sich auch immer eindeutig dazu bekannt. Auch Agartz lehnt an keiner Stelle den Parlamentarismus etwa ab. Entscheidend ist für ihn wohl, wie er ergänzt wird.

Wenn wir Agartz richtig verstehen, reicht ihm auch die vom DGB geforderte Neuordnung der deutschen Wirtschaft, d. h. vor allem die Mitbestimmung, nicht aus. Alles, was Agartz über die Rolle der Bürokratie, die außerparlamentarischen Wirtschaftseinflüsse usw. sagt, ist natürlich richtig und im übrigen von den verschiedensten Seiten wiederholt angesprochen und sogar detailliert untersucht worden. Agartz fordert, daß diesen Einflüssen eine funktionierende Selbstverwaltung entgegengestellt werden müsse. „Nur dadurch kann im restaurativen und reaktionären Betriebe der Bundesrepublik den demokratischen Grundsätzen Raum geschaffen werden. Hier liegt eine unmittelbare politische Aufgabe . . . des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Für die Durchführung dieser Aufgabe bedarf es institutioneller Hilfsmittel“ (S. 15)¹). Die Mitbestimmung ist nur eines dieser Hilfsmittel. Sie müsse jedoch auf überbetrieblicher Basis weiterentwickelt werden. Die Bedeutung der Mitbestimmung schränkt Agartz aber wieder ein, indem er davor warnt, aus ihr eine Lehre zu machen. „Die Mitbestimmung ist nur ein Bestandteil der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie in München gefordert wurde . . . Sie ist ein Eindringen nicht in das Eigentum, aber in Funktionen, die das Eigentum bislang für sich reklamierte . . . Es ist aber falsch, die Mitbestimmung als eine Partnerschaft von Kapital und Arbeit aufzufassen“ (S. 8). „Es sollte Klarheit darüber bestehen, daß die Mitbestimmung den kapitalistischen Charakter des Unternehmens nicht ändert . . . Sie ist ein rechtlicher und technischer Prozeß mit allerdings großer gewerkschaftspolitischer Bedeutung“ (S. 9). „Unsere Forderungen gehen aber dahin, die Prinzipien dieser Wirtschaft zu ändern“ (S. 10). Und schließlich im Zusammenhang mit der Stellung des Arbeitsdirektors: „Kapital und Arbeit sind in unserer Gesellschaft Kontrahenten. Auf die Dauer kann aber niemand mit sich selbst kontrahieren. In der heutigen sozialen Spannung dient jede Verschleierung der Interessengegensätze auf lange Sicht nur demjenigen, dessen Machtstellung in der Gesellschaft die stärkere ist“ (S. 12).

Gilt das nicht für die gesamte Mitbestimmung? Agartz bedauert an einer Stelle seines Referats, daß der Mitbestimmungsgedanke zerredet worden sei. Mir scheint, er trägt nicht wenig dazu bei, ihn weiter zu zerreden.

Wirklich ins Niemandsland führen Agartz' lange Ausführungen über den Liberalismus und die Marktwirtschaft. Es ist allgemein bekannt, daß es eine rein liberale Wirtschaft nie gegeben hat, daß aber seit der großen Wirtschaftskrise von 1930 in der ganzen westlichen Welt überhaupt nur noch marktwirtschaftliche Systeme mit mehr oder weniger starken

1) Die Seitenzahlen beziehen sich auf die dem Frankfurter Bundeskongreß vorgelegte Broschüre „Wirtschafts- und Steuerpolitik — Grundsätze und Programm des DGB“, die den vollen Wortlaut des Referates von Dr. Viktor Agartz enthält.

dirigistischen Elementen und Einstreuungen bestehen. Die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen gehen überall nur darum, welches Ausmaß von Dirigismus oder Wirtschaftsfreiheit für angemessen gehalten wird. In dieser Auseinandersetzung verschieben sich die Fronten ständig, je nach der wechselnden Interessenlage *der* verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppen. Die Gewerkschaften sind in der glücklichen Lage, wenn sie der Situation nüchtern und ohne ideologische Scheuklappen gegenüber treten, sich keineswegs dogmatisch festlegen zu müssen, sondern gleichfalls je nach ihrer — ebenfalls wechselnden — Interessenlage sich für mehr oder weniger Wirtschaftslenkung im ganzen oder auf einzelnen Sektoren einzusetzen. Sie können dann auch von Fall zu Fall Verbündete finden. Zudem können sie ihren Mitgliedern eine solche elastische Politik, die sich an der aktuellen Interessenlage der Arbeitnehmer orientiert, viel eher begreiflich machen als irgendeine Politik, die sich nach starren Prinzipien richtet. Man mache doch einmal einen Test, wie viele Mitglieder der Gewerkschaft beigetreten sind, weil sie etwa den un-widerstehlichen Drang in sich spürten, die Prinzipien dieser Wirtschaft zu ändern!

Agartz hat meine volle Sympathie, wenn er im Zusammenhang mit dem Lohnproblem sagt: „Ihre (der Gewerkschaften) Aufgabe ist es, die Lage der arbeitenden Massen sofort, umfassend und fortschreitend zu verbessern. Inwieweit ihr das gelungen ist und gelingen kann, dazu kann die Wissenschaft nur einen bescheidenen Beitrag liefern. Sie kann jedoch nicht die Bewegung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer bestimmen“ (S. 31). Setzen wir diesen Satz in den Mittelpunkt der Betrachtungen, dann enthüllen sich sehr viele der von Agartz durchgeführten Attacken als Kämpfe gegen Windmühlen, die aber den großen Nachteil haben, den Eindruck zu erwecken, als wolle Agartz die Gewerkschaften in einen sozialistischen oder syndikalistischen Radikalismus führen, der nicht nur alle sogenannten „christlichen“, sondern auch alle rein gewerkschaftlich orientierten realistischen Elemente in der Bewegung zurückstoßen muß. Darüber hinaus kommt ein solcher Radikalismus — wir schreiben 1955, nicht 1925 — bei der jungen Generation überhaupt nicht mehr an.

Nach zehn Jahren Einheitsgewerkschaft dürfte es Auseinandersetzungen zwischen den religiös betonten und gebundenen Gewerkschaftern und radikalen sozialistischen, wie sie sich jetzt aus dem Agartz-Referat entwickelt haben, nicht mehr geben. Genauso wie es in den Gewerkschaften keinen Gegensatz zwischen sogenannten Radikalen und sogenannten Gemäßigten mehr geben dürfte. Weder mit religiösen Fragen, noch mit „linkem“ oder »rechtem« Sozialismus haben die realen Probleme, vor denen die Gewerkschaften stehen, auch nur das geringste zu tun. Der ganze, ich möchte sagen, ideologische Teil des Referats von Agartz hat diese Gegensätze völlig unnötigerweise neu aufgerissen und damit jenen Kräften Munition geliefert, die aus außergewerkschaftlichen Gründen die Spaltung wollen. Wir sagen, daß diese Aufreißung der Gegensätze unnötig war, weil es sich um Scheingegensätze handelt. Das wird sofort klar, wenn man sich den sachlichen Konsequenzen zuwendet, zu denen Agartz gelangt.

Agartz ist für Wiederaufnahme der Besprechungen mit den Arbeitgebern über die überbetriebliche Mitbestimmung.

Er ist für tarifliche Bindung der Gewinnbeteiligungssysteme und anderer Einrichtungen der sogenannten betrieblichen Sozialpolitik.

Er hält es für notwendig, nach Wegen zur Wiederherstellung der Tarifwahrheit zu suchen, vor allem durch branchen- und betriebsnahe Tarife.

Er stellt die Nützlichkeit von Investment-Banken (für Arbeiteraktien) zur Diskussion, und zwar offenbar mit positivem Akzent. Er fordert die 40-Stunden-Woche.

Er ist für eine vorsorgliche Konjunkturpolitik, die er offenbar auch in unserem Wirtschaftssystem für möglich hält.

Über solche und ähnliche Fragen wird und darf es in der Beurteilung der Einzelheiten immer sachliche Meinungsverschiedenheiten geben, die auf unterschiedlicher Beurteilung der Lage und der jeweiligen Möglichkeiten beruhen, aber niemals weltanschauliche. Meinungsverschiedenheiten in derartigen Fragen haben auch nichts mit „radikal“ oder „gemäßigt“ zu tun. Die in weltanschaulicher Hinsicht völlig neutralen und im politischen Sinne vielleicht konservativsten Gewerkschaften der Welt, die amerikanischen, sind zugleich die energischsten und kämpferischsten Vertreter der Arbeitnehmerinteressen. Von* ihrer Kampfernergie können unsere Radikalen nur lernen.

Dies ist nun allerdings kein Zufall. Die ideologische Verbrämung der Gewerkschaftsaufgaben, der Wortradikalismus und das Ansetzen der gewerkschaftlichen Kritik an bestehenden Lohn-, Arbeits- und Sozialbedingungen von einer rein ideologischen, d. h. scheintheoretischen Position, statt von einer sachlichen Untersuchung der Gegebenheiten aus, diese Akzentverschiebung vom Sachlichen aufs Prinzipielle und Weltanschauliche, ist der stärkste Hemmschuh der gewerkschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik und die tiefste Ursache der gegenwärtigen Stagnation in der zahlenmäßigen Entwicklung der Gewerkschaften. Alle rhetorischen Effekte mit ressentimentgeladenen Begriffen, die immer bei vielen Gewerkschaftern, deren politisches Bewußtsein sich in den Jahren vor und zwischen den beiden Weltkriegen formte, seelische Emotionen auslösen und Beifallstürme hervorlocken werden, ändern nichts an der Tatsache, daß die Gewerkschaften dadurch von den wirklichen Aufgaben nur abgelenkt und infolgedessen in ihrer Kampfkraft gehemmt werden. Agartz hat sich in einem Presseinterview („Die Welt“) gegen den Vorwurf des Radikalismus gewehrt. Wohl mit Recht. Seine Haltung ist nicht radikal, sie scheint nur so.

Ein moderner, rein gewerkschaftlicher Radikalismus im echten Sinne des Wortes kann nur wirksam werden, wenn er mit beiden Beinen auf dem Boden der westlichen, auch in der Bundesrepublik verwirklichten politischen Ordnung steht und in ihr die „Lage der arbeitenden Massen sofort, umfassend und fortschreitend zu verbessern“ sucht. Dabei stößt er nicht nur auf Widerstände, die er durch Einsatz gewerkschaftlicher Mittel und unter Umständen durch Ausnutzung politischer Möglichkeiten über das Parlament und die öffentliche Meinung zu überwinden versuchen kann, sondern auch auf objektive Grenzen. Ein gegebener Produktionsapparat kann auch bei bester Organisation nur eine bestimmte Menge von Produkten hergeben. Daran ändert auch eine „Veränderung der Prinzipien unseres Wirtschaftssystems“ nichts. Wenn zur umfassenden Verbesserung der Lage der Arbeiter mehr oder anderes als bisher produziert werden soll, muß der Produktionsapparat erweitert und eventuell verbessert werden. Also muß der radikale Gewerkschafter sich mit Produktivitätsfragen befassen und mit Fragen der Ausweitung und Rationalisierung des Produktions- und Verteilungsapparates. Daraus ergeben sich allerdings unzählige Komplikationen und ebenso viele Gelegenheiten zu Debatten und Auseinandersetzungen auch unter den Gewerkschaftern, aber auf einer sachlichen und fachlichen Ebene. Daraus ergeben sich jedoch zugleich unzählige Gelegenheiten, mit anderen Gesellschaftsgruppen von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten und auf die Weise zu verhindern, daß sich den Gewerkschaften gegenüber eine feindliche Phalanx aller übrigen Gesellschaftsgruppen bildet. Beweglichkeit ist hier die Aufgabe.

Wenn man sich einmal frei macht von der Zwangsvorstellung, daß alles, was sich in der Bundesrepublik politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich entwickelt und abspielt, Restauration und Reaktion ist, wenn man sich die Mühe macht, zu differenzieren, so wird man sehr schnell erkennen, daß wir in einer Zeit ungewöhnlich schneller wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen leben, die eine Restauration, wie sie wohl manchem Gestrigen vorschwebt, gar nicht zulassen. Für die Gewerkschaften liegt darin eine ungewöhnliche Chance. Ausnutzen können sie sie allerdings nur, wenn sie sich nicht in eine Frontstellung gegen die gegenwärtige Gesellschaft als Ganzes treiben lassen, wenn sie auch

darauf verzichten, dauernd die Änderung der Prinzipien der Wirtschaft zu proklamieren, in einer Situation, wo das sowieso leere Worte bleiben müssen, weil sie gar nicht stark genug sind, sie zu verwirklichen. Das Geheimnis — es ist aber ein öffentliches Geheimnis — liegt darin, daß sich die Prinzipien der Wirtschaft sowieso Schritt für Schritt ändern, wenn die Gewerkschaften erfolgreich die jeweils vor ihnen liegenden Aufgaben anpacken und lösen, und zwar konstruktiv, als positiver Faktor unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das setzt allerdings Gewerkschaften voraus, die zugleich, wenn es sein muß, kämpferisch sind und einerseits die Notwendigkeiten, andererseits aber auch die Möglichkeiten der neuen wirtschaftlichen Entwicklung wirklich begreifen und verstehen. Nie gab es größere Chancen für eine wirklichkeitsnahe Gewerkschaftspolitik als heute.

Wir bemühen uns, einiges von dem, was in manchen anderen Ländern noch in dem Rahmen tariflicher Vereinbarungen geregelt wird, auf dem Wege über die Mitbestimmung zu gewinnen und zu sichern: eine Einflußnahme auf die Betriebsgestaltung und Betriebspolitik und eine Kontrolle der Verteilung des Sozialprodukts, soweit sie im Rahmen des Betriebes und überhaupt der Wirtschaftssphäre erfolgt. (Soweit sie im Rahmen der politischen Sphäre erfolgt, also vor allem durch die Steuerpolitik, tragen wir unsere Forderungen selbstverständlich an das Parlament heran.) Erst die Zukunft kann lehren, ob unser Weg über die Mitbestimmung oder der Weg der Gewerkschaften anderer Länder über Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern auf die Dauer erfolgreicher ist. Jedenfalls entspricht der eingeschlagene Weg über die Gesetzgebung der deutschen Tradition. Aber auf welchem Wege auch immer eine Mitbestimmung erreicht wird, auf jeden Fall schalten die Gewerkschaften sich dadurch verantwortlich und als Partner in die Wirtschaftsführung ein. Entsteht eine solche Partnerschaft auf Tarifvertragsbasis, so hat das den Vorteil, daß sie immer nur auf Zeit abgeschlossen wird und den Arbeitern bewußt ist, daß diese Partnerschaft erkämpft wurde und vielleicht in Kürze durch neuen Kampf gesichert oder erweitert werden muß. Der Weg der gesetzlichen Regelung, den wir gehen, bringt die Gefahr mit sich, daß Ursprung und Grenzen der Partnerschaft vergessen werden.

Daran ändert man aber nichts, wenn man einfach erklärt, es handele sich überhaupt um keine Partnerschaft. Partner müssen ja nicht unbedingt Freunde sein. Jeder Partner hat eigene Interessen zu wahren, aber bestimmte Interessen sind eben gemeinsam, sonst könnte es nicht einmal Lohnvereinbarungen geben. Die Gewerkschaften können und werden niemals darauf verzichten, die Mängel, Fehler und Ungerechtigkeiten unserer sozialen und politischen Wirklichkeit festzustellen, zu kritisieren und um Beseitigung der Mißstände zu kämpfen. Aber es ist ein Unterschied, ob man sagt, das ganze System taue nicht, oder ob man im Rahmen des Systems nach Mitteln und Wegen sucht, die Übelstände zu beseitigen. Unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ist sehr beweglich. Es ist das beweglichste, das es in der bisherigen Geschichte gegeben hat. Für Organisationen von so großer gesellschaftlicher Bedeutung wie die Gewerkschaften eröffnet es daher ungeahnte Möglichkeiten. Es kommt nur darauf an, sich der inneren Gesetzmäßigkeit dieses beweglichsten aller bisherigen Gesellschaftssysteme zu bedienen. Dazu bedarf es vor allem sorgfältiger und objektiver Beobachtung und Analyse der tatsächlichen Entwicklungen. Verzerrungen des Beobachtungsfeldes durch Überbetonung bestimmter Erscheinungen und Ignorierung anderer führen notwendigerweise zu falscher Orientierung mit gefährlichen Folgen für die gewerkschaftliche Praxis.